

Gouverneurs-Wahlen gefordert

Wahlen der Provinzgouverneure durch die Bevölkerung werden von der Palang Dharma Party (PDP) seit Anfang des Jahres angemahnt. Drei der fünf Regierungsparteien, u.a. die PDP, hatten vor den Wahlen versprochen, das alte System der Ernennung von Provinzgouverneuren durch das Innenministerium, durch eine Wahl der Gouverneure zu ersetzen. Die Democrat Party (DP) des Premierministers Chuan Leekpai und die New

Aspiration Party (NAP) des Innenministers Chaovalit wehren sich, während große Teile der PDP darauf drängen, um ihr Gesicht nicht zu verlieren.

Unterstützt wird die PDP durch die Campaign for Popular Democracy (CPD), einer im blutigen Mai 1992 gebildeten Initiative, die sich auf Akademiker und die städtische Mittelklasse stützen kann. Die CPD hat für Mai Demonstrationen angekündigt, falls sich die Regierung bis dahin wei-

terhin gegen die Wahl von Provinzgouverneuren sträubt.

In einer Fernsehsendung am 7.2. hat Innenminister Chaovalit behauptet, daß die Bevölkerung noch nicht reif für eine Gouverneurswahl sei. Aus dem Innenministerium kamen Äußerungen, solche Wahlen seien eine Vorstufe zum Kommunismus. Beobachter halten das Thema für einen Prüfstein für den Bestand der Regierungskoalition, der bis zur Parlamentsauflösung führen kann. vgl. BP 1., 10., 14., 27.2.1994

Verfassungsänderung kommt nicht voran

Seit über einem halben Jahr versuchen sich Regierung und Opposition über Inhalt und Umfang einer Verfassungsänderung zu einigen. Eine Parlamentskommission hatte 25 Änderungsvorschläge zu der noch aus der Zeit der Militärregierung stammenden Verfassung von 1991 vorgelegt. Sie sehen die Herabsetzung des Wahlalters von 20 auf 18 Jahre vor, die Beschneidung der Rechte des (ernannten) Oberhauses und dessen Vergrößerung von 270 auf 120 Mitglieder, die Festlegung des Verhältnisses von einem Ab-

geordneten auf 200.000 Wahlberechtigte, ein direktes Fragerecht der Parlamentsabgeordneten an die Regierung, die Schaffung eines Verwaltungsgeschichtshofes, umfangreichere Rechte für die ständigen Parlamentsausschüsse.

Der bekannte Sozialwissenschaftler L.R. Sukhumbhand Paribatra ging auf einer Universitätsveranstaltung so weit, Premierminister Chuan Leekpai und seine Democrat Party der Lüge zu bezichtigen, daß diese im Wahlkampf die Verfassungsänderung zu einem Kernpunkt ihres Wahlpro-

gramms gemacht hätten, während sie sich jetzt mit Formalien aus der Verantwortung ziehen würden. Die Chancen, die weniger umstrittenen 8 der ehemals 25 Änderungsvorschläge durchzubringen, sind gering, da sich Regierung und Opposition nicht einigen können. 613 der 630 Stimmen im Parlament sind nötig, um dies eine Ablehnung der Änderungen durch den Senat dennoch durchzusetzen. Mit einer Ablehnung durch den Senat muß gerechnet werden und daher sieht die Opposition darin eine Chance, indirekt die Regierung zu stürzen.

vgl. BP 14.1., 11., 25.2.94

Bauernprotest gegen Enteignung

Bauern aus der Provinz Nakhon Ratchasima im Nordosten, die dem geplanten Lam-Sae-Stausee weichen sollen, haben sich mit Unterstützung anderer Bauern auf einen Treck nach Bangkok aufgemacht, um von der Regierung eine faire Entschädigung und Hilfe bei der Umsiedlung zu erzwingen. Die Grenzpolizei versuchte, die

2.000 Bauern auf halbem Weg aufzuhalten.

In Bangkok nahm die Polizei 69 Studenten vorübergehend fest, die eine Sympathiekundgebung vor dem Regierungssitz veranstaltet hatten. Daraufhin wurden die Verhandlungen zwischen den Bauern und dem Landwirtschaftsministerium zeitweilig abgebrochen. Die Festnahmen

wegen unerlaubter Benutzung von Lautsprechern wurden von Studentenorganisationen als Rückgriff auf Methoden des Suchinda-Regimes bezeichnet, während die Polizei von einer "Einladung zum Interview" sprach. Am 10.2. konnten die meisten strittigen Fragen zwischen Regierung und den Bauern gelöst werden.

vgl. BP 10.-13.2.94; BPW 18.2.94

Wassermangel in ganz Thailand

Nachdem in der Regenzeit im letzten Jahr zu geringer Niederschlag fiel, erlebt Thailand einen gravierenden Wassermangel. Erstmals sind auch Bangkok und die Zentral-Ebene betroffen. Die Reserven werden nur bei sparsamer Einteilung bis zur nächsten Regenzeit ausreichen.

Den Bauern wird abverlangt, die profitable zweite Ernte auszusetzen. Um ihre Anpflanzungen zu sichern, leiten sie das Wasser aus Kanälen oder Flüsse ab. Wer am anderen Ende lebt, geht dann

meist leer aus. Erste gewalttätige Auseinandersetzungen im Kampf um Wasser hat es bereits gegeben. Erschwert wird das Problem durch das Einfließen von Meerwasser in den Chao Praya in Bangkok. Um das Eindringen von Salzwasser in die Trinkwasserversorgung und die Landwirtschaft zu verhindern, muß eine Mindestmenge Wasser aus den Stauseen in die Zuflüsse des Chao Praya abgelassen werden.

Die Stadtverwaltung von Bangkok hat nach mehrjähri-

gem Verbot den Bau von artesischen Tiefbrunnen durch die Wasserwerke in Bangkok genehmigt. Damit wird das Risiko, daß Bangkok schneller absinkt, wieder erhöht.

Premierminister Chuan Leekpai hat zum Wassersparen aufgerufen. Im Hinblick auf das 50jährige Jubiläum der Regentschaft König Bhumipols 1996 hat die Regierung auf Bitten des Königs eine Kampagne initiiert, 830.000 Mio. ha Land mit verschiedenen nicht-kommerziellen Baumarten, bevorzugt in Wasserscheiden, aufzuforsten.

vgl. BP 3.-6., 10., 14.2.94

Kurzmeldungen

Die Modernisierung der thailändischen Gesellschaft führe zur Zerstörung von Familie und Gemeinschaftsstrukturen, sagte der Sozialkritiker Prof. Pravet Wasi anlässlich des nationalen Kindertages am 8. Januar. Zunehmende Spannungen in den Familien führten zu Verletzungen der Rechte der Kinder. (TT 7.1.94)

Der tschechische Präsident Vaclav Havel besuchte Thailand vom 11.-14.2. Ihm folgte der slowakische Premier Meciar (24.-26.2.). Beide sprachen auch über den Export von Waffen aus ihren Ländern nach Thailand. (BP 12., 25.2.94)

Zu einem "privaten" Besuch kam Taiwans Präsident Lee Teng-Hui nach Thailand. Bei einer Drei-Länder-Golf-Tournee wurde er vom thailändischen König Bhumiphol empfangen. Die Botschaft der VR China drückte ihr "tiefes Bedauern" über diesen Besuch aus. (BP 15., 20.2.94)

In der Provinz Roi Et haben 1000 Bauern die Einstellung eines Eukalyptus-Projektes gefordert. Für ihr Vieh sei die Weide damit verloren und die Anpflanzungen würden ihnen das Wasser nehmen. Der Gouverneur ist mit der Abholung der Eukalyptusnäme einverstanden. (BP 16.2.94)

Vertreter verschiedener Parteien kamen Ende Januar zusammen, um über die Einführung einer "Demokratie-Steuer" zu beraten. Sie soll als Steuer eingetrieben und in einen Fonds zur Finanzierung der Parteien eingezahlt werden. (BP 17.1.94)

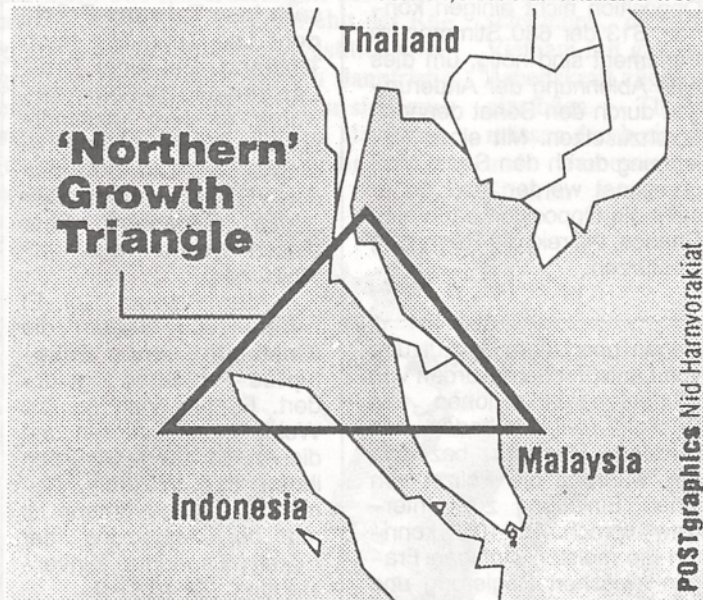
Klärwerke zur Reinhaltung des Chao Praya sollen gebaut werden, da der durch Bangkok fließende Fluß praktisch ab der nördlichen Stadtgrenze tot ist. Eine Reihe staatlicher Krankenhäuser, größere Firmen, Institutionen und Hotels entlang des Flusses sollen zum Bau eigener Klärstationen gezwungen werden. (BP 4.2.94)

Perspektiven des Wachstumsdreiecks in Südthailand

Anlässlich der Gründung eines Wirtschaftsrates zum Wachstumsdreieck Indonesien-Malaysia-Thailand in Hattai, Südthailand, am 19.1.94 wurde die Ernsthaftigkeit der beteiligten Regierungen an einem solchen Projekt als Schlüssel zum Erfolg eingefordert. Der Generalsekretär des thailändischen Nationalen Ausschusses für Wirtschafts- und Sozialplanung forderte dies insbesondere von Malaysia in bezug auf bestehende Transport- und Handelsbeschränkungen zwischen den beiden Ländern. Thailand exportierte Güter im Wert von 20 Mrd. Baht im letzten Jahr nach Malaysia und importierte Güter im Wert von 9 Mrd. Baht.

Narathiwat und Patani sowie Nord-Sumatra und Aceh in Indonesien, mit einer Fläche von 180.100 qkm und einer Bevölkerung von 21,8 Mio. Menschen.

Aus einer Studie der Asiatischen Entwicklungsbank geht hervor, daß es noch einige Schwierigkeiten für die weitere Entwicklung eines solchen Wachstumsdreiecks gibt. Der Hauptschwachpunkt ist die noch schlecht entwickelte gemeinsame Infrastruktur sowie die strukturelle Ungleichgewichtigkeit. Nord-Malaysia ist bisher am weitesten industrialisiert mit entsprechender Infrastruktur. So liegen allein 70 % der Fläche in Indonesien mit einem Bevölkerungsanteil von 64,5 %. Für Thailand wer-



Der stellvertretende thailändische Premierminister, Supachai Panitchpakdi, sieht in der erfolgreichen Entwicklung des Wachstumsdreiecks eine Unterstützung zur Bildung einer Freihandelszone innerhalb der ASEAN-Staaten (AFTA) in 10 bis 15 Jahren. Bereits im April und im August 1993 hatte sich Premierminister Chuan Leekpai zunächst mit dem indonesischen Präsidenten Suharto und später mit dem malaysischen Premierminister Mahathir im Grundsatz auf die gemeinsame Förderung eines nördlichen Wachstumsdreiecks geeinigt. Es umfaßt die malaysischen Bundesstaaten Perlis, Kedah, Penang und Perak, die thailändischen Provinzen Satun, Yala, Songkhla,

den acht Schwierigkeiten aufgezählt: Politische Einschränkungen behindern Privatinitiativen; niedrige Einkommen und Preise, traditionelle Monokultur und ein schwacher Kreditmarkt; ein kleiner Absatzmarkt und begrenztes einheimisches Kapitalaufkommen; ungleiche Entwicklung der Provinzen, wobei Songkhla allein die Hälfte der Industrieproduktion aller fünf Provinzen aufweist; Unzureichende grenzüberschreitende Straßenverbindungen und Häfen; die große Entfernung zwischen der Halbinsel und Sumatra und der Ausschluss des nordost-malaysischen Bundesstaates Kelantan; politische und Sicherheitsrisiken.

vgl. BP 20.1.94, MD Sept. 93

Straße durch muslimische Siedlung

Der Ausbau einer Stadtautobahn in Bangkok bedroht die 200 Jahre alte muslimische Siedlung Ban Krua. Anfang November 1993 kündigte das staatliche Unternehmen *Expressway and Rapid Transit Authority* (ETA) für Januar/Februar 1994 eine Räumung von 61 Häusern an und empfahl den Bewohnern die angebotene Entschädigungssumme von 76.500 Baht (ca. DM 5.100) pro Familie vorher zu beantragen. Es geht um den Bau eines Zubringers und Verteilers Phaya Thai - Rat-chadamri im Zentrum der Stadt, der bereits seit 1985 geplant ist und für den Ende 1987 ein königlicher Erlaß zur notwendigen Landenteignung verfügt wurde.

Ende 1991 verhinderten mit Blockaden die muslimischen Anwohner in Ban Krua trotz Einsatz von Polizei Vermessungen des Gebietes. Schließlich setzten sie im Frühjahr 1993 eine öffentliche Anhörung durch das Innenministerium durch, deren Ergebnis nach sechs Treffen am 7. Oktober 1993 veröffentlicht wurde. Die eingesetzte Kommission kam einerseits zu dem Ergebnis, daß der Ausbau des Teilschnittes nicht notwendig und für den Gesamtverkehr in Bangkok nicht wichtig sei, andererseits hob sie hervor, daß das Projekt die Gemeinschaft in Ban Krua nicht zerstören würde, wie von den muslimischen Anwohnern befürchtet.

Nach einer Studie aus dem Jahr 1991 unter Leitung von Cholthira Satayawadhana von der Rangsit-Universität über die muslimische Gemeinschaft in Ban Krua handelt es sich bei den über 2.000 Familien größtenteils um Nachkommen der Cham, einer ethnischen Volksgruppe aus dem alten Khmer-Reich. Sie wurden vor 200 Jahren nach der Eroberung des östlichen Nachbarn durch den thailändischen König Taksin nach Bangkok umgesiedelt. Aufgrund ihrer islamischen Identität handelt es sich noch heute um eine besonders geschlossene Gemeinschaft, die in den fünf Jahren Widerstand eine starke Basisorganisation geschaffen hat. Alle Vorfahren wurden seit 200 Jahren übereinander auf dem Gemeinschaftsfriedhof begraben, was ihre untrennbare Verbindung zu dem Ort zementiert.

"Diese besonderen Qualitäten haben die Kultur der Gemeinschaft bewahrt. Es ist eine lebende Kultur. Während hundert von Millionen Baht investiert wurden, um historische Parks und Studienzentren zum früheren Sozialleben zu bauen, haben wir hier eine lebende Kultur, die sehr wenig kostet. Wenn die Regierung bei der Verbesserung der Lebensbedingungen helfen würde, könnte es in eine Touristenattraktion verwandelt werden," kommentierte Cholthira.

vgl. TDN No.23, 1993, S. 4ff

Anti-AIDS Testimpfungen geplant

Im April dieses Jahres wird erstmalig in Thailand nach Angaben des Thailändischen Roten Kreuzes (TRK) ein amerikanisches Anti-AIDS-Serum geimpft werden. Es soll bereits erfolgreich in den USA, Australien und China getestet worden sein. Bei 224 Testpersonen werden in der ersten Stufe mögliche Nebenwirkungen untersucht. Nach acht Monaten beginnt dann der Langzeittest über zwei Jahre. Nach Angaben des TRK-Direktors werden als Testpersonen ausschließlich Freiwillige geworben. Am Ende des Jahres wird mit einem weiteren Impfstoff, einem "Protease Inhibitor", gerechnet.

Nach Angaben des Gesundheitsministeriums sind 2.533 zwischen 1984-93 AIDS-Fälle voll zum Ausbruch gekommen. Davon sind 991 gestorben. Dabei handelte es sich überwiegend um männliche Bauern und Arbeiter. Der Gesundheitsausschuß des Parlaments beziffert die Anzahl von HIV-Fällen mit 600.000. In einem gemeinsamen Bericht der Chulalongkorn Universität und des Gesundheitsministeriums wird von 4,3 Mio. Fällen von HIV-Infektionen im Jahr 2000 ausgegangen, sowie von 500.000 Todesfällen durch AIDS. Insgesamt würden dadurch zwischen 1991-2000 finanzielle Verluste in Höhe von 8,5 Mrd. US\$ entstehen.

vgl. BP 30., 31.1.94; TDN No. 23/1993 S. 67